

Ein Fremder im Politikbetrieb



Jürgen Theiner
über Carsten Meyer-Heder

Der Abschied auf Raten ist vollzogen – Carsten Meyer-Heder verzichtet nach seinem Rückzug aus der Bürgerschaft auch auf den Landesvorsitz der CDU. Mit dieser Entscheidung geht eine ebenso kurze wie bemerkenswerte politische Karriere zu Ende. Als Seiteneinsteiger setzte der Internet-Unternehmer die Aura des erfolgreichen Geschäftsmanns clever ein, mit ihm an der Spitze landeten die Christdemokraten bei der Bürgerschaftswahl 2019 erstmals auf Platz eins.

Die Führungsrolle, die ihm dadurch in der CDU zufiel, konnte oder wollte Meyer-Heder allerdings nicht ausfüllen. Auf Schritt und Tritt sah man ihm an, wie sehr er mit dem Politikbetrieb fremdelte, sowohl im Parlament wie in der Partei. Wichtige programmatische oder personalpolitische Weichenstellungen sind mit seinem Namen nicht verbunden. In die Geschichte der Bremer CDU hat sich der scheidende Vorsitzende gleichwohl eingeschrieben. Er hat ihr gezeigt, dass sie zu Siegen fähig ist. Das ist Carsten Meyer-Heders politisches Vermächtnis.

Bericht Seite 7
juergen.theiner@weser-kurier.de



Mario Lars Weitere Karikaturen unter www.weser-kurier.de/karikaturen

Die Kunden sollen entscheiden



Timo Thalmann
über Taxi-Festpreise

Pauschalen sind eine zweischneidige Sache. Man kennt das aus der Gastronomie, wenn etwa bei Feiern pro Gast für Essen und Trinken ein fester Betrag genommen wird. Jeder Wirt wird das so kalkulieren, dass er dabei nicht zusetzt, auch wenn der Gast häufiger zum Glas greift.

Pauschalen können also tendenziell teurer ausfallen. Andererseits weiß der Gastgeber im Voraus, was ihn die Feier kosten wird. Dass solche Pauschalen angeboten werden, bedeutet jedenfalls, dass die Kunden sie akzeptieren.

Künftig könnte der Festpreis auch für die Taxifahrt beispielsweise von einer Feier nach Hause gelten. So wollen es die Taxiunternehmer anbieten, und der Politik sollte es leichtfallen, den Antrag durchzuwinken, solange am Ende die Kunden entscheiden können, welche Regelung sie für ihre Fahrt wollen. Sollten Festpreise nicht funktionieren, dürften die Taxianbieter zudem die Ersten sein, die sie wieder abschaffen möchten.

Bericht Seite 7
timo.thalmann@weser-kurier.de

Verweigerung ist ein Menschenrecht



Benjamin Lassive
über Kriegsdienstgegner

Die Grenzen nach Russland und Weißrussland sind beinahe vollständig geschlossen: Direkten Flugverkehr in die Europäische Union gibt es schon lange nicht mehr. Züge haben den Betrieb eingestellt, die Fähre von Stockholm nach St. Petersburg fuhr schon vor Corona nicht mehr. Nur noch auf wenigen Wegen können Menschen aus diesen Ländern die EU betreten, zumeist müssen sie über Drittstaaten reisen. Und das ist, alles in allem, auch gut so. Der grausame russische Angriffskrieg in der Ukraine macht ein derartiges Vorgehen geradezu zum Muss: Auch der normale Bürger in Russland muss spüren, dass der Westen für sein Land derzeit nur Verachtung übrig hat.

Allerdings: Es gibt eine Ausnahme. Wer sich bewusst gegen den Krieg und das Putin-Regime entscheidet, wer nicht zur russischen Armee eingezogen werden will, wer sein eigenes Leben vor Marschflugkörpern und Granaten schützen will, sollte uns willkommen sein. Wer den Kriegsdienst verweigert, sollte Anspruch auf politisches Asyl in der EU haben. Immerhin wurde das Recht auf Kriegsdienstverweigerung 1987 von der UN-Vollversammlung als Menschenrecht anerkannt. Was freilich niemandem etwas nutzt, solange er das Recht nicht wahrnehmen kann. Und sowohl in

Russland als auch in der Ukraine drohen Kriegsdienstverweigerern derzeit harte Strafen.

Das bringt besonders jene in Schwierigkeiten, die schon vor dem Erhalt eines Einberufungsbescheids geflohen sind. Sie werden nach Auskunft der Menschenrechtsorganisation Connection, die etwa während der Kriege am Golf fahnenflüchtige amerikanische Soldaten beriet und sich nun um Kriegsdienstverweigerer aus Russland und der Ukraine kümmert, derzeit nicht als Asylbewerber anerkannt.

Das sollte sich zügig ändern: Denn wer den Bescheid erhalten hat, hat noch

Sowohl in Russland als auch in der Ukraine drohen Verweigerern harte Strafen.

weniger Chancen, das Land zu verlassen und sich der Einberufung zu entziehen als jene, die noch auf ihre Einberufung warten. Deswegen wäre es gut und richtig, wenn es für Menschen, die glaubwürdig vorbringen, keinen Dienst an der Waffe leisten zu wollen, großzügige Visaregeln geben würde. Wer sich in Europa aufhält, der kämpft nicht an der Front und trägt auf seine Weise dazu bei, dass Russland der Krieg ein kleines bisschen schwerer fällt.

Und die Ukrainer? Nimmt man das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ernst, muss es auch für Menschen gel-

ten, die ihr Land nicht gegen Russland verteidigen wollen. So richtig und dringend nötig die Waffenlieferungen sind, so sehr das Land militärisch unterstützt werden muss, so sehr gilt eben auch: Auch ukrainische Männer sollten das Recht haben, den Dienst mit der Waffe verweigern zu dürfen. Auch sie sollten Zuflucht in Europa finden können, und zwar ohne vorher Bestechungsgelder zahlen zu müssen oder auf abenteuerliche Weise eine EU-Grenze zu überqueren.

Angesichts der großen Entschlossenheit, mit der die überwiegende Mehrzahl der Ukrainer ihr Land verteidigt, sollte die kleine Minderheit, die das betrifft, ohnehin nicht ins Gewicht fallen. Zumal das Land bekanntlich in die Europäische Union strebt – und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert ist.

Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung jedenfalls hat es verdient, in Deutschland ernster genommen zu werden. Denn heute geht es dabei nicht mehr nur darum, dass man als 18-jähriger Abiturient in den 80er- und 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts nicht zur Bundeswehr wollte und lieber Zivildienst leistete. Für Menschen in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas kann es vielmehr eine Entscheidung über Leben und Tod sein, wie und ob ihr Recht, den Dienst mit der Waffe zu verweigern, von Deutschland und den übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ganz praktisch anerkannt wird.

politik@weser-kurier.de

„Das Problem ist die Auflösung des Investitionsstaus“

Nürnberger Zeitung
über den Haushaltsentwurf

Das eigentliche Problem dieses Landes ist weniger die Einhaltung der Schuldenbremse. Das wird der Bundesregierung mit einigen Kunstgriffen gelingen. Das Problem ist die Auflösung des Investitionsstaus. Es ist wohlfeil, die Investitionen in Zeiten der Rezession als nominell zu gering zu kritisieren. Es zeigt sich aber immer wieder, dass Geld allein nicht hilft, wenn zu wenige Menschen da sind, die es verbauen könnten, und zu viele, die in der Politik, in Ämtern, Behörden und Bürgerinitiativen die Umsetzung wenn nicht verhindern, so doch verzögern. Um diese beiden Hürden zu beseitigen, sind Maßnahmen nötig, die nicht in erster Linie durch einen Bundeshaushalt gefördert oder behindert werden. Dazu bedarf es eines Umdeutens in der Gesellschaft.

„Mit dem Bürgergeld übertreibt es die Ampelkoalition“

Augsburger Allgemeine
über den Arbeitsmarkt

Aus der Armut führen vor allem zwei Wege: Bildung und Arbeit. Der Druck, sich eine Arbeit zu suchen, allerdings schwindet in dem Maße, in dem die staatliche Fürsorge zunimmt. Natürlich müssen deren Regelsätze steigen, wenn die Preise steigen, zumal wenn sie das so stark tun wie im Moment. Mit dem Bürgergeld aber übertreibt es die Ampelkoalition. Schon bei seiner Einführung Anfang des Jahres hat sie den monatlichen Satz für einen Alleinstehenden gegenüber dem alten Hartz-IV-Tarif um 11,8 Prozent auf 502 Euro angehoben. Nun verspricht Arbeitsminister Hubertus Heil für das kommende Jahr noch einmal eine Erhöhung um zwölf Prozent auf 560 Euro – also weit über dem, was normale Beschäftigte gerade an Lohn- und Gehaltssteigerungen erhalten.

„Diese neuen Konkurrenten sind direkt in die E-Mobilität gestartet“

Mitteldeutsche Zeitung
über die Automobilmesse

So zeigt die Messe nicht wie früher den Vorsprung, sondern vor allem den enormen Zugzwang, unter dem Deutschlands wichtigste Industriebranche steht. Fairerweise muss man sagen: Das gilt für alle traditionellen Autohersteller. (...) alle sehen buchstäblich alt aus neben Tesla oder BYD. Diese neuen Konkurrenten sind direkt in die Elektromobilität gestartet. Ein Verbrennererbe in Form von Maschinen und tausenden Mitarbeitern haben sie nicht. Transformation brauchen sie nicht. So ist es zwar oft berechtigt, aber immer auch ein bisschen billig, der Autoindustrie die Dauer dieser Transformation vorzuwerfen.



In Russland wie in der Ukraine versuchen junge Männer, nach der Einberufung dem Kriegsdienst zu entgehen.

FOTO: CAROL GUZ/IMAGO

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinstraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteurin: Silke Hellwig - Chef vom Dienst:
Michael Brandt - Digitalchef: Bastian Angenendt-Eisenbeck
Art-Direktor: Franz Berding - Leiter Zentralredaktion und Politik:
Markus Peters - Chefredakteur: Jürgen Hinrichs, Jean-Julien Beer
Bremen/Niedersachsen und Wirtschaft: Maren Beneke,
Mathias Sonnenberg - Kultur: Iris Hetscher - Sport: Olaf Dorow
Kommunal- und Landespolitik: Jürgen Theiner - Stadtteile:
Anja Borstelmann
DIE NORDDEUTSCHE: Björn Josten - WÜMME-ZEITUNG:
André Fesser - OSTERHOLZER KREISBLATT: Lars Fischer
SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU: Wolfgang Sembritzki*
ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land: Felix Gutschmidt*
DELMEHORSTER KURIER: Gerwin Möller*

Büro Hannover: Peter Miodoch - Büro Berlin: Cornelia
Barthelemy - Büro Brüssel: Katrin Pribyl - Büro London: Susanne
Ebner - Büro Paris: Birgit Holzer - Büro Washington: Thomas
Spang *PresseDienst Nord GmbH

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle.

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 46,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 77.
Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
Mo. bis Fr.: 9.30 bis 17 Uhr.
Telefonisch Mo. bis Fr. von 7 bis 17 Uhr und Sa. von 7 bis 12 Uhr.
Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
Online: weser-kurier.de/kundenservice sowie über die
WK News-App

Redaktion:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21/36 71 66 55
Telefax: 04 21/36 71 42 21 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH